

# Leben und Überleben nach dem 2. Weltkrieg in der Britischen Zone

## Karikatur 17

In der Stellungnahme zur Politik der Alliierten war die Presse sehr vorsichtig. Das galt auch für Karikaturisten. Diese wagten sich so gut wie gar nicht an die Politik der Sieger heran. Im März 1948 galt das Viermächtestatut. Man wollte es sich mit keinem der vier Besatzungsmächte verderben.

In der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 hatten die vier Besatzungsmächte die Regierungsgewalt im Gebiet des Deutschen Reiches übernommen.

Die Besatzungszonen umfassten das Staatsgebiet des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937, ohne die okkupierten Gebiete ostwärts der Oder-Neiße-Linie – diese standen zunächst unter sowjetischer, später hauptsächlich polnischer Verwaltung –, und waren durch Zonengrenzen voneinander getrennt. Diese waren offiziell in der Regel identisch mit den Verwaltungsgrenzen ehemaliger Länder, vereinzelt auch mit Kreisgrenzen. Tatsächlich hatte Hitler die deutschen Länder aber schon 1933 zerschlagen und das Reich in Gaue eingeteilt. Was man tatsächlich tat war, dass man zwei Gaue zu einem neuen Land vereinigte. Man benutzte tatsächlich also nicht die alten Ländergrenzen sondern die nazistischen Gaugrenzen als Grundlage einer territorialen Neuordnung.

Am Kriegsende nahmen die Amerikaner den westlichen Teil des Gebietes der ehemaligen Tschechoslowakei ein, während die Sowjets den größten Teil des Landes besetzten. Die Tschechoslowakei wurde nahezu in ihren Grenzen von 1937 wiederhergestellt; die Karpato-Ukraine konnte nicht wieder gewonnen werden, da sie von der Sowjetunion besetzt war und von dieser für sich beansprucht wurde. Bei Bratislava konnte der sogenannte Bratislavaer Brückenkopf zu Lasten Ungarns vergrößert werden. An der östlichen Grenze zur Sowjetunion fand ein größerer Gebietsaustausch statt. Dabei kamen eine Stadt und einige Gemeinden im Gebiet südlich von Uschhorod bis nach Tschop zur Ukrainischen SSR.

Die Amerikaner übergaben das von ihnen besetzte Gebiet an die Regierung der wieder errichteten Tschechoslowakischen Republik (ČSR). Doch das Land wurde nicht, wie die Amerikaner blauäugig glaubten, ein freies Land. Die Sowjets bestimmten von Anfang an mit, was im Lande geschehen sollte.

Auf Geheiß aus Moskau bildete Präsident Edvard Beneš eine Koalitionsregierung der „Nationalen Front“ unter Ministerpräsidenten Zdeněk Fierlinger.

Das am 5. April 1945 verabschiedete Kaschauer Programm bildete die Basis ihrer Arbeit. Beneš' öffentliche Äußerungen über die Sudetendeutschen bewirkten in Tschechien Racheakte, Massenflucht sowie die Odsun genannte Abschiebung und Vertreibung auf der Basis des von allen Alliierten beschlossenen Potsdamer Abkommens und der Beneš-Dekrete. Ursprünglich war auch die Entfernung der ungarischen Minderheit aus der Südslowakei vorgesehen, doch ist nach einer Vereinbarung mit Ungarn sowie der weitgehenden Rückgängigmachung der anfänglichen Umsiedlungsversuche nach Tschechien 1948 die Anzahl der Ungarn in der Slowakei gegenüber dem Vorkriegsstand nur geringfügig gesunken.

Die Wahlen von 1946 gewannen in Böhmen und Mähren die Kommunisten mit 40 % und in der Slowakei die Demokratische Partei mit 62 %. Da jedoch die Slowakei deutlich kleiner ist

als Böhmen und Mähren, hat dieses Wahlergebnis den (schon seit dem Zweiten Weltkrieg teilweise von Moskau aus gelenkten) Kommunisten insgesamt auf landesweiter Ebene ermöglicht, in Prag in der Regierung Klement Gottwald erste entscheidende Ministerposten zu besetzen. 1947 wurde schnell die Slowakische Demokratische Partei aus dem Weg geräumt und mit der Verstaatlichung der Wirtschaft begonnen.

Nach dem Februarumsturz 1948 betrieb die ČSR uneingeschränkt die stalinistische Politik der Sowjetunion. Weil Beneš die neue Verfassung 1948 nicht unterschreiben wollte, trat er zurück. Klement Gottwald stand seit Februar 1948 der zweiten Regierung vor. Als Satellitenstaat der UdSSR wurde das Land Teil des Ostblocks und Mitglied des Warschauer Paktes, außerdem des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe.



März 1948

Wp: nachgearbeitet

Über die Vorgänge in der ČSR erfuhr man in der westlichen Trizone im Gegensatz zur SBZ sehr wenig. In der späteren DDR dagegen galt Klement Gottwald als kommunistischer Säulenheiliger. Seine Partei war ein Leitbild auch für die DDR. Die Ermordung vieler Sudetendeutscher sowie deren Vertreibung seit 1945 waren ein Tabu. Das gilt natürlich ebenso für die tschechischen Schikanen gegenüber der deutschsprachigen Bevölkerung inklusive einzelner Morde zwischen 1919 und 1938. Entsprechendes galt in Bezug auf die ungarischen, polnischen, slowakischen und ukrainischen Bevölkerungsgruppen in der ČSR.

In Trizonesien erregten dagegen die vielen Schauprozesse gegen Abweichler viel Aufsehen. Man verstand nicht, wie die kommunistische Führung es fertig brachte, dass die Angeklagten trotz internationaler Prozessbeobachter zur härtesten Strafe, der Todesstrafe verurteilt wurden.

Der wachsende sowjetische Einfluss auf die ostmitteleuropäischen Staaten und die Aussicht, dass die Türkei und Griechenland dem kommunistischen Druck erliegen könnten, beunruhigte die Vereinigten Staaten. Am 12. März 1947 verkündete der amerikanische Präsident Truman eine Politik der „Eindämmung“.

*„Es muss ...der außenpolitische Grundsatz der Vereinigten Staaten werden, allen Völkern, deren Freiheit von militanten Minderheiten oder durch einen von außen geübten Druck bedroht wird, unseren Beistand zu leihen ...Unter einem solchen Beistand verstehe ich vor allem wirtschaftliche und finanzielle Hilfe zur Herstellung geordneter politischer Verhältnisse und Sicherung der Stabilität.“*

Im Juni 1947 leitete die USA den sogenannten Marshall-Plan ein, ein Programm finanzieller Zuschüsse von 17,4 Milliarden Dollar an notleidende europäische Staaten, das die wirtschaftliche Gesundung Europas beschleunigen und die Neigung mehrerer Länder zum Kommunismus (besonders Griechenlands) abschwächen sollte.

Alle unter sowjetischer Herrschaft oder Aufsicht stehenden Länder wie die Tschechoslowakei (so auch die SBZ) hatten diese Hilfe abzulehnen, weil sie überflüssig bzw. nur Propaganda des amerikanischen Dollarimperialismus sei.